Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17.Jan.1933.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Neuwahlen?

Wahltermin: 19.Februar.

SPD. Am Freitag tritt der Ältestenrat des Reichstags zusammen, um über die Tagesordnung der für den 24.Januar anberaumten Plenarsitzung des Reichstags zu beraten. Die Sozialdemokratische Fraktion wird darauf drängen, dass der Reichstag schnellstens zusammentritt und dann alsbald eine klare und eindeutige politische Entscheidung gefällt wird.

Die Sozialdemokratie steht dem Kabinett Schleicher mit Misstrauen gegenüber, sie hat im Reichstag einen Misstrauensantrag gegen die Reichsregierung eingebracht. Sie will über die parlamentarische Lage schnellstens Klarheit schaffen. Man spricht deshalb heute bereits von der Unvermeidlichkeit neuer Reichstagswahlen. Man nennt als neuen Wahltermin bereits den 19.Februar. Die Sozialdemokratische Partei ist gewiss, dass diese kommende Entscheidung des Volkes gegen alle die ausfallen wird, die jetzt glauben, dass Grossmäuligkeit und grosse Versprechungen bereits politische Taten seien.

Die Taktik der Sozialdemokratie zwingt auch die Nationalsozialisten zu einer klaren Stellungnahme. Nach der Wahl von Lippe nimmt die nationalsozialistische Presse auf Befehl wieder den Mund gehörig voll. Sie gebärdet sich, als ob die Wiederaufholung von noch nicht 2/3 der Verluste, die sie am 6.November erlitten hat, ihr das Anrecht auf die Diktatur in Deutschland gebe. Diese befohlene Grossmäuligkeit geht Hand in Hand mit dem altgewohnten Byzantinismus gegenüber Hitler, der als Schiedsrichter gegenüber den Geschicken Deutschlands hingestellt wird.

Aber sowohl die Grossmäuligkeit als auch der Byzantinismus werden heute nicht mehr den Eindruck machen, den sich die nationalsozialistischen Propagandisten davon versprechen. Der grosse Mann steht in dem Haufen der Zeitgenossen so da, dass trotz des lauten Geschreis seiner Presse es immer noch politisch denkende Leute gibt, die ihm den kläglichsten Umfall zutrauen, und die es immer noch nicht für hundertprozentig ausgemacht halten, dass nunmehr Hitler sich klar gegen jede Tolerierung Schleichers entschliessen werde. Während die Unentwegten in seiner Partei, Goebbels und Goering, fieberhaft daran arbeiten, einen Umfall wettzumachen, wird in manchen Kreisen immer noch daran geglaubt, dass in der Stunde der Entscheidung ein übler Dreh eine klare Entscheidung der Nationalsozialisten ersetzen würde! Der grosse Mann ist eben der Geschobene der Drahtzieher in seiner Partei. Möglich, dass er selbst an seine Allmacht glaubt. Aber bei ihm trifft hundertprozentig zu: Du glaubst zu schieben und Du wirst geschoben!, wobei immer noch aufzuklären bliebe, wer die eigentlichen Schieber sind, die wieder hinter den Drahtziehern in Hitlers Umgebung stehen. Sicher ist, dass neue Gelder in die nationalsozialistische Kasse geflossen sind. Dieses Geld und die 5800 Stimmen über den 6.November hinaus in Lippe sind die Grundlage der neuen Grossmannssucht der Nationalsozialistischen Par-

tei. Von solchen Dingen hängt plötzlich die Politik dieser Partei ab - nicht von festen politischen Grundsätzen. Wenn die Nationalsozialisten von Grundsätzen reden, so sind es die Grundsätze, die dem jeweiligen Stand ihrer Kasse und den Wünschen der Gläubiger und Geldgeber entspringen.

Der grosse Mann in der Nationalsozialistischen Partei ist nach dem Weggange Strassers so sehr in den Händen von Goebbels und Goering, dass seine letzte Rede in Weimar schon vorher in Gestalt eines Leitartikels von Goebbels im Berliner "Angriff" nachgelesen werden konnte. Das Ziel dieser beiden ist die Fortsetzung der bisherigen rein agitatorischen Haltung der NSDAP, selbst um den Preis eines neuen Wahlkampfes. Beide wissen warum. Goebbels ist in der Nationalsozialistischen Partei nur ein grosser Mann, solange es gilt, gegen ein "System" aufs gewissenloseste zu hetzen. Wo Vernunft und kühle Ueberlegung die Politik bestimmen, muss sein Stern erblassen. Goering hat als Reichstagspräsident bereits hinreichende Proben davon gegeben, was aus ihm wird, wenn er über den Rahmen des Versammlungsredners in SA-Uniform hinausgehen soll. Und müssen die beiden nicht mehr noch als für sich selbst für Hitler fürchten für den Fall, dass es gilt, ernsthafte Verantwortung zu übernehmen, ohne die Opposition durch frisch-fromm-fröhlichen Terror totschlagen zu können und jeden eklatanten, aus ihrer Unfähigkeit geborenen Misserfolg aus einem kleinen Putsch ersticken zu können? So soll Hitler von den beiden vorne geschoben und hinten geschoben in einen neuen Wahlkampf hineingebracht werden - auf jeden Fall aber aus jeder ernsthaften Verantwortungsnähe hinweg. Man bemüht sich, die Grossmäuligkeit so auf die Spitze zu treiben, dass Hitler selbst nicht mehr zurück kann. Unter diesen Umständen haben die Besprechungen, die Reichskanzler Schleicher noch weiter führt, eigentlich nur noch akademische Bedeutung.

Das autoritäre System steht nackt und bloss vor dem Volke. Seine wilde Form unter Papen wie seine gemässigtere unter Schleicher hat dem Volke nichts gegeben als leere Versprechungen und gedrucktes Papier. Wo das autoritäre System wirklich gehandelt hat, ist es dem Druck des reaktionärsten Interessentenhaufens in Deutschland, der Grossagrarier, gefolgt und hat damit dem Volke gezeigt, dass die Rechte des Feudalismus in Deutschland endgültig ausgetilgt werden müssen. Es sind soviele reine Protestwahlen bisher hintereinander abgerollt, dass die Hoffnung durchaus begründet ist, dass bei einer neuen Wahl die politische Vernunft die Ueberlegung darüber, was wirklich geschehen kann und muss, das Wahlergebnis stärker beeinflussen wird als das bei den vorausgegangenen Wahlender Fall war. Die Rückkehr der politischen Vernunft aber bedeutet den Wiederaufstieg der Sozialdemokratischen Partei.

Das Erwachen der kühlen politischen Ueberlegung entzieht aller politischen Demagogie, vor allem der nationalsozialistischen Demagogie die Grundlage. Diese Scharlatane sind in den letzten Monaten mindestens ebenso stark in ihrer Nichtigkeit aufgezeigt worden wie das autoritäre System! Und wenn es zu neuem Wahlkampf kommt, so wird die Sozialdemokratische Partei dafür Sorge tragen, dass die Grossmäuligkeit der Nationalsozialisten nach den Wahlen von Lippe nach den Reichstagswahlen einer ebenso ausgeprägten Kleinmütigkeit Platz machen muss!

SPD. Frankfurt/Oder, 17.Jan. (Eig.Dr.)

Auf der Rätschmühle bei Kunnersdorf wurden von der Polizei 23 Pistolen, 3 Karabiner und 2000 Schuss Munition beschlagnahmt. Der Mühlenbesitzer ist Nazimann. Der Kutscher, der das SA-Waffenlager anzeigte, musste sich in Polizeischutz begeben, da er seines Lebens nicht mehr sicher ist. Der Mühlenbesitzer und zwei als Reichswehr verkleidete SA-Leute hatten ihn bereits "zur Vernehmung" aufgesucht.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags gab es am Dienstag eine Debatte über die Agrarpolitik. Sie hat gerade im gegenwärtigen Augenblick aktuelle Bedeutung, da die Reichsregierung unter dem Druck der Grossagrarier wiederum Massnahmen plant, durch die die Preise gesteigert werden, aber die Absatzmöglichkeiten für deutsche Industrieerzeugnisse nach dem Auslande sinken und der Landwirtschaft schliesslich doch keine Hilfe zuteil wird.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hilferding geiselte scharf die Fehler der bisherigen Agrarpolitik. Nichts habe das Sinken der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse verhindern können. Auch wenn man jetzt den Getreidemarkt durch Ankauf von einer Million Tonnen für den Augenblick erleichtere, werde das, wie die Entwicklung der Viehpreise zeige, nichts nützen. Die landwirtschaftliche Ueberproduktion in Verbindung mit der Senkung der Kaufkraft mache das Sinken der Preise zwangsläufig. Am besten zeige das das Sinken des Fleischverbrauchs. Im letzten Vierteljahr 1932 sei er gegenüber 1931 von 14,4 auf 10,5 Kilogramm gesunken. Stelle man den vorjährigen Fleischverbrauch wieder her, so würde nicht nur der Viehzucht, sondern auch dem Ackerbau geholfen werden. Die Schweine würden den Getreidemarkt gesund fressen. Die dummen Massnahmen zur Margarineverteuerung wirkten aufreizend, ohne der Landwirtschaft zu nützen. Es sei unmöglich, die städtische Bevölkerung zugunsten der Bauern hungern zu lassen. Die Handelspolitik, die Deutschland unter dem Druck der Grossagrarier in einen Zollkrieg mit seinen besten Abnehmern treibe, schädige nicht nur die industriellen Arbeiter, sondern auch die Landwirtschaft.

Eine wertvolle Ergänzung nach der sozialen Seite hin fanden die Ausführungen Hilferdings durch eine Rede des Abg. Wissell (Soz). Wissell behandelte die Lage der Sozialversicherung und betonte, dass die gewaltige Verminderung der Leistungen der Krankenkassen um 42 Prozent gegenüber 1929 sich auf den Gesundheitszustand des Volkes katastrophal auswirken werde. Dringend warnen müsse man, die aktuellen Schwierigkeiten der Invaliden- und Knappschaftsversicherung zubenutzen, um eine grundsätzliche Einschränkung der Leistungen dieser beiden Versicherungszweige vorzunehmen. Bei der Arbeitslosenversicherung könne man schon heute von Versicherung nicht mehr reden. Die Versicherungsmittel würden für alle möglichen Zwecke herangezogen, nur der kleinste Teil diene der versicherungsmässigen Unterstützung der Arbeitslosen. Die Zusammenfassung zu einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge werde von der Sozialdemokratie seit Jahren gefordert. Die Verbesserung der technischen Produktionsmittel in den letzten fünfzehn Jahren zwinge zu einer Änderung der gesamten Wirtschaftsverhältnisse, insbesondere durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Einschränkung der Kaufkraft.

Am Mittwoch will der Ausschuss die Misstände auf dem Gebiet der Osthilfe erörtern.

SPD. Der Mandschurei-Konflikt scheint nunmehr doch endlich in Genf in das Stadium eingetreten zu sein, in dem die Mächte sich um eine Entscheidung nicht länger werden herumdrücken können.

Der 19er Ausschuss, der sich im Dezember ergebnislos vertagt hatte, ist am Montag wieder zusammengetreten. Er hat eine durch das militärische Vorgehen Japans in der nordchinesischen Provinz Dschehol und durch den drohenden Vormarsch auf Peking wesentlich verschärfte Lage vorgefunden. In dieser Verschlimmerung liegt schon die schärfste Verurteilung der bisherigen ausweichenden Taktik des Völkerbundes. Dennoch haben sich hinter den Kulissen in Genf gerade in den letzten Tagen Vorgänge abgespielt, die beweisen, dass die Völkerbundsbürokratie unter persönlicher Führung und Verantwortung des Generalsekretärs Sir Eric Drummond aus dem bisherigen Verlauf der Dinge nichts gelernt

hat. Hinter dem Rücken des chinesischen Vertreters und der meisten Kommissionsmitglieder hatte der japanische Vertreter Matsuoka wesentliche Änderungen des Resolutionsentwurfes durchgesetzt, der dem Ausschuss vorgelegt werden sollte. Drummond, der diese japanischen Forderungen erfüllen wollte, hatte sie dem chinesischen Delegierten Jen bis zuletzt verheimlicht. Der belgische Ratspräsident Hymans hat das illoyale Vorgehen Drummonds gedeckt. Es kam erst durch Enthüllungen des "Manchester Guardian" ans Tageslicht.

Der chinesische Vertreter hat dieses Verhalten des Sekretariats in der Montag-Sitzung gebührend gekennzeichnet und angekündigt, dass er die verschlechterte Resolution, die ein neues Zurückweichen vor Japan darstellt, nicht annehmen würde. Diese Entschlossenheit des chinesischen Delegierten hat endlich die Vertreter der Grossmächte dazu gezwungen, Farbe zu bekennen. Das unehrliche diplomatische Spiel, durch das seit 1½ Jahren eine Entscheidung immer wieder hinausgezögert wird, lässt sich nicht länger durchführen. Hinzu kommt der plötzliche Entschluss Hoovers, die amerikanische Politik im fernen Osten zu aktivieren. Der amerikanische Präsident hat alle Mächte wissen lassen, dass die Vereinigten Staaten irgendwelche Gebietsveränderungen in China, wie sie durch die militärische Aktion Japans geschaffen werden sollen, nicht anerkennen würden.

Aber auch die europäischen Regierungen stehen unter einem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung ihrer Länder. Das ist nicht zuletzt das Verdienst der Sozialistischen Internationale, voran der französischen und der deutschen Sozialdemokratie, deren Interpellationen den stärksten Widerhall in der Welt gefunden haben. Nun droht Japan abermals mit dem Austritt aus dem Völkerbund. Es mag sein, dass die Imperialisten in Tokio, nachdem sie seit 1½ Jahren damit drohen, nunmehr ernst machen und aus dem Völkerbund ausscheiden werden. Aber lieber soll man dieses kriegswütige und vertragsbrüchige Mitglied aus dem Völkerbund ziehen lassen, als dass der Völkerbund es in seinen Reihen weiter duldet und dabei selbst mit Schanden untergeht. Ausserdem könnte Japan einstweilen nur seine Mitgliedschaft kündigen, die statutenmässig erst nach zwei Jahren erlöschen würde. Bis dahin würde Japan den Gesetzen des Völkerbundes unterworfen bleiben und der Völkerbund hätte nach wie vor das Recht und die Pflicht, gegen dieses Mitglied vorzugehen. Den Weg dazu hat die Interpellation der deutschen Sozialdemokratie gewiesen: Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Handelsboykott!

SPD. München, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

In Bayern soll jetzt, nach 2½jähriger Dauer der Geschäftsregierung, der Versuch der Bildung einer parlamentarischen Regierung ernsthaft in Angriff genommen werden.

Die Bayerische Volkspartei hat beschlossen, den übrigen Parteien des bayrischen Landtags ein politisches Arbeitsprogramm zu unterbreiten, das sogenannte Garantien für die Befolgung einer rein bayerischen Staatspolitik enthält. Aus der Stellung der Parteien zu diesem Programm will die Bayerische Volkspartei dann ihre Entscheidung treffen, ob und mit welchen Parteien sie eine parlamentarische Koalitionsregierung zu bilden imstande ist. Die Grundforderungen des Programms, das im einzelnen noch nicht ausgearbeitet ist, zielen auf eine Stärkung und Wiederherstellung der bayerischen Staatspersönlichkeit ab. Dazu dient auch eine Änderung verschiedener Bestimmungen der bayerischen Verfassung, durch die u.a. die Stellung des Ministerpräsidenten autoritär gestärkt werden soll. Die bayerische Volkspartei verlangt deshalb im besonderen eine Neufassung des § 92 der Verfassung, der durch die Vorschrift der Zweidrittelmehrheit bisher jede Verfassungsänderung verhindert hat.

SPD. Seit drei Jahren sind die Nazis unumschränkte Beherrscher von Koburg, aber alle vorher der Bevölkerung gegebenen Versprechungen haben sich als Lug und Trug erwiesen. Für die Fürstenhochzeit konnte die braune Stadtverwaltung die städtischen Gelder zum Fenster hinauswerfen. Für die Armen und Arbeitslosen ist nichts da.

Keine Steuer, keine Abgabe, kein städtischer Werkspreis hat sich verringert. Im Gegenteil! Rücksichtslos werden die Gebühren heraufgeschraubt. Es gibt kaum eine zweite deutsche Stadt, die die Gebühren und Steuern so brutal und gewissenlos eintreibt, wie diese Nazikommune und ihre braune Verwaltung. Am schlimmsten leiden darunter die Handwerker und Kleingewerbetreibenden.

Wie brutal diese Steuern- und Gebühreneintreibung ist, lehrt der Fall eines Koburger Geschäftsmannes und ehemaligen Naziwählers. Er war im Steuerrückstand, seine Waren wurden gepfändet, die Waren verdarben teilweise in der Lagerung. Der Rest wurde gestohlen. Unkosten für die Stadt: 1600 Mark. Seit fünf Tagen war der Mann auch im Rückstand mit der Ratenzahlung für die Grabstätte seiner Mutter. Aus Rache lässt der braune Finanzgewaltige von Koburg, der zweite Bürgermeister Faber, die Urne mit den Ueberresten der verstorbenen Mutter aus dem Grabe nehmen und dem Geschäftsmann ins Haus schicken.

Das ist das Dritte Reich von Koburg. Selbst die Toten müssen es büssen! Die wilden Volksstämme im australischen Busch haben zweifellos mehr Kultur und Ehrfurcht vor den Lebenden und Toten als die braunen Horden aus der Schule Hitlers.

SPD. Rom, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Der im September 1932 wegen Spionageverdacht verhaftete französische Professor Eydoux ist jetzt dem faschistischen Sondergericht zur Aburteilung übergeben worden. Ebenso die verhaftete Sekretärin Eydoux', Fräulein Bonnefond. Eydoux ist Direktor der polytechnischen Hochschule in Paris und Spezialist für Brückenbau.

Offiziell wird erklärt, die Angeklagten hätten ihre Spionagetätigkeit eingestanden; ausserdem seien belastende Dokumente bei ihnen gefunden worden. Der Fall Eydoux ist damit zu einer politischen Angelegenheit geworden und geeignet, die von dem französischen Botschafter neu angebahnten wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien zu stören.

SPD. Im Preussischen Landtag, der am Dienstag wieder zusammentrat, zeigte der Sitzungsverlauf, wie sehr den Nazis durch das weltbewegende Wahlergebnis von Lippe der Kamm wieder geschwollen ist.

Nach den schweren Ausschreitungen und Provokationen, die sie im Mai und Juni des vorigen Jahres im Preussen-Landtag verübt hatten, waren sie verhältnismässig anständig und gesittet geworden und hatten sich augenscheinlich Mühe gegeben, sich einigermassen parlamentarisch zu benehmen. Am Dienstag liessen sie ihrer wirklichen Natur wieder einmal die Zügel schiessen. So kam es gleich zu Beginn der Sitzung zu einem heftigen Krawall.

Die Kommunisten hatten beantragt, über das gesamte Fürsorgeerziehungswesen in Preussen einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Namens der Sozialdemokratischen Fraktion erklärte Hedwig Wachenheim, sie wolle die Einsetzung eines solchen Ausschusses nicht verhindern, es bestünden jedoch ernste Bedenken, ob die Vorladung der Erzieher und der Jugendlichen vor einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss dem Erfolg der Fürsorgeerziehung diene? Die sozialdemokratischen Abgeordneten würden sich aber bemühen, dem Ausschuss zu einem so vernünftigen Ergebnis zu verhelfen, wie es ange-

sichts der Zusammensetzung des jetzigen Landtags möglich sei. Diese gelinde Anspielung auf die Tatsache, dass die SPD die nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit nicht als Verkörperung der reinsten Vernunft anerkennen könne, machte die Nazifraktion wild und veranlasste sie zu wüsten Beschimpfungen der Rednerin, womit die Helden des Dritten Reiches wieder einmal ihre Hochachtung vor der Frau öffentlich dokumentierten. Natürlich konnte dem Beispiel des Nazifraktionsführers Kube der Kommunistenführer Pieck nicht widerstehen. Beide schimpften um die Wette gegen die SPD.

Kurz danach hatte sich das Bild erheblich geändert. Als die Auflösung der Schwalmer Meliorationsgenossenschaft erörtert werden sollte, beschimpfte der Kommunist Fränken die Nationalsozialistische Fraktion feiges Gesindel. Worauf der Nazimann Blei auf die Tribüne stürmte und auf Fränken einschlug. Wie üblich, stürzten von beiden Seiten Nationalsozialisten und Kommunisten auf die Rednertribüne, und es schien wieder einmal zu einer der grossen Parlamentsschlägereien zu kommen. Diesmal gelang es anerkennenswerterweise den beiden Fraktionsführern Pieck und Kube, weitere tätliche Auseinandersetzungen zu verhindern. Nach Wiedereröffnung der Sitzung schloss Präsident Kerrl den Schimpfbold Fränken und den Schläger Blei von den Verhandlungen aus. Der Rest der Tagesordnung konnte dann störungslos erledigt werden.

Vor der Schlägerei hatte es sich bei einer Abstimmung darum gehandelt, welcher Ausschuss das neue, von der Sozialdemokratie beantragte, Gesetz über den Schutz der Uferwege und des Waldbestandes vorberaten solle. Die Nazis wünschten den Forstausschuss, die Sozialdemokraten den Gemeindeausschuss oder den Ausschuss für Bevölkerungspolitik, weil sie die Entscheidung weniger nach den Interessen der Forstwirtschaft und mehr nachden Bedürfnissen der erholungsbedürftigen Bevölkerung getroffen wissen wollen. Obwohl der kommunistische Redner Schwenk selber gefordert hatte, die Frage vorwiegend sozialpolitisch anzusehen, stimmten die Kommunisten für den Forstausschuss, nachdem der Nazifraktionssekretär Hinkler den Kozifraktionssekretär Kasper um Solidarität gebeten hatte. Wenn es gegen Sozialdemokratie, Republik oder Vernunft geht, wissen sich die Prügelbrüder von rechts und links stets zu finden.

Nach der Schlägerei wurde für die Mittwochsitzung die entsprechende Tagesordnung gewählt: grosse Kulturdebatte mit drei Stunden Redezeit für jede Fraktion.

SPD. Paris, 17.Januar (Eig.Drahtb.).

Finanzminister Chéron hat am Dienstag-Nachmittag in der Kammer den Finanzsanierungsplan eingebracht, und für dessen Verabschiedung das Verfahren der sofortigen Diskussion beantragt, womit sich die Finanzkommission einverstanden erklärte. Das Verfahren der sofortigen Diskussion bedeutet, dass die Regierungsvorlage in der ersten Sitzung, die auf die Veröffentlichung des Berichtes der Finanzkommission im "Journal Officiel" folgt, zur Beratung gestellt werden muss. Da die Prüfung der Vorlage durch die Kommission drei bis vier Tage dauern wird, dürfte die Beratung im Plenum am Sonnabend oder Sonntag beginnen.

Der Finanzminister übergab am Nachmittag der Presse einen Auszug aus den Finanzplänen, in dessen Begründung Chéron feststellt, dass das von den Sachverständigen auf zehn Milliarden Francs bezifferte Defizit nur zum kleinen Teil auf die Wirtschaftskrise und in der Hauptsache auf die übertriebene Ausgabenpolitik in den letzten vier Jahren zurückzuführen sei. Es sei nicht möglich gewesen, heisst es weiter, das Defizit nur durch Einsparungen zu beseitigen; die Regierung habe daher zur Deckung der Hälfte des Defizits neue Steuern schaffen müssen. Eine Anleihe sei nur zur Konsolidierung der schwebenden Schuld berechtigt. Eine derartige Konsolidierungsanleihe von etwa

15 Milliarden Francs werde nach der Ausbalancierung des Budgets aufgelegt werden.

Die wichtigsten in der Vorlage enthaltenen Sparmassnahmen sind: einmalige Kürzung der Beamtengehälter über 12 000 Francs um zwei bis zehn Prozent verteilt auf zwei Jahre; Verringerung der Zulagen für Zivil- und Militärbeamte in Höhe von 600 Millionen Francs, Streichung der Pensionen für wiederverheiratete Kriegerwitwen; Herabsetzung des Alters für die Auszahlung der Kriegsteilnehmerpensionen und Revision der Invalidenpensionen (zum Ausgleich dafür soll in jedem Jahr eine Staatslotterie veranstaltet werden, deren Ertrag den Kriegsteilnehmern und Invaliden zukommt); Herabsetzung der Militärkredite um 638 Millionen Francs; sachliche Einsparungen bei den Ministerien in Höhe von rund 1½ Milliarden.

Von den neuen Steuern sind zu erwähnen: fünfprozentige Erhöhung sämtlicher direkter Steuern, Sondersteuer auf die hohen Gehälter in der Privatindustrie; Erhöhung verschiedener Zolltarife (1,1 Milliarden); Schaffung einer Steuer auf Einfuhrlizenzen (380 Millionen); Erhöhung der Alkohol-, Benzin- und Zuckersteuer sowie der Stempelgebühren. In einem Anhang sind Massnahmen zur Bekämpfung der Spekulation, des Steuerbetrugs und der Verteuerung des Lebensunterhalts vorgesehen.

Am Dienstag hat auch die sozialistische Kammerfraktion einen Auszug aus dem von ihr ausgearbeiteten Gegenprojekt veröffentlicht, das zunächst, wie sein Hauptverfasser, Abgeordneter Vincent Auriol, dem Pariser Korrespondenten des "Soz.Pressedienst" erklärte, mit äusserster Energie vor dem Finanzausschuss der Kammer und, falls dieser es ablehnt, vor dem Plenum verteidigt werden soll. In dem Entwurf spricht sich die sozialistische Fraktion gegen jede Inflation und jede Steuer aus und weist auf die Gefahren einer Deflation der Budgetausgaben hin. Sie verlangt eine grundlegende Steuerreform, die für das Finanzjahr 1934 vorbereitet werden müsste. Dem Projekt sind zwei einleitende Bestimmungen vorangestellt. Die eine fordert die Regierung zu Verhandlungen mit allen anderen Staaten über eine internationale Wiederaufrichtung des Kredits, eine Konsolidierung und Angleichung der Währungen sowie eine massive und allgemeine Herabsetzung der Rüstungen auf. Die zweite Bestimmung verlangt ähnliche Verhandlungen zur Schaffung eines internationalen Steuer-Auskunftdienstes, um die Kapitalflucht und den Steuerbetrug in allen Staaten zuverhindern.

Die eigentlichen Vorschläge zur Ausbalancierung des Staatshaushalts sind in sechs Kapiteln zusammengefasst. Das erste Kapitel betrifft die Ersparnisse in den Verwaltungen im Zusammenhang mit einer Verwaltungsreform. Es sieht die Schaffung von drei Kommissionen vor, die die Vereinfachung der Verwaltung, die Beseitigung der in Frankreich sehr häufigen Doppelbeschäftigung, die Revision der Zulagen, die Kürzung der teilweise "fabalhafte Summen erreichende Gehälter der hohen Staatsbeamten" sowie die Revision der Kassenführung und der Statute der staatlichen Bewirtschaftungsstellen in die Wege leiten sollen. Die dabei erzielten Kreditkürzungen sollen dem Parlament im Laufe der nächsten fünf Monate zur Ratifizierung unterbreitet werden. Das zweite Kapitel enthält den interessantesten Vorschlag der sozialistischen Fraktion. Es sieht vor, dass der autonomen Tilgungskasse die Regelung aller aus den Kriegen herrührenden Lasten, wie Kriegsschulden und Pensionen, übertragen werden. Zu diesem Zweck sollen der Tilgungskasse ausser einem im Budget festgesetzten Jahresbetrag verschiedene besondere Mittel zugeführt werden, so u.a. durch Ersparnisse bei den Militärausgaben. Kapitel drei sieht die Deckung aller Ausgaben für die Sozialversicherung durch die Gewinne vor, die sich aus einer Verstaatlichung der privaten Versicherungsgesellschaften ergeben würden. Die bestehenden Versicherungsgesellschaften sollen allmählich fusioniert werden und die Aktionäre sollen anstelle der Aktien Staatstitel erhalten, die in

75 Jahren zu tilgen sind und zu den durchschnittlichen Dividenden der letzten fünf Jahre zu verzinsen sind. Das Kapitel vier enthält den Arbeitsbeschaffungsplan, den die sozialistische Fraktion bereits vor einiger Zeit in der Kammer eingebracht hat. Er sieht öffentliche Arbeiten in Höhe von 30 Milliarden Francs vor, die in fünf Jahren durchgeführt werden sollen. Kapitel fünf verlangt eine Revision aber keine Erhöhung der Steuern in dem Sinne, dass alle Franzosen vor der Steuer gleiche Rechte und Pflichten haben. Das letzte Kapitel sieht Massnahmen zur Konsolidierung der Schatz-Bonds vor, die zur Deckung der Fehlbeträge in den letzten Budgets ausgegeben worden sind. Ferner das Verbot der Bewilligung von Ausgaben ohne entsprechende Einnahmen und endlich Massnahmen zum Schutze der Sparer und zur Kontrolle der Banken.

Der Ertrag der in dem Gegenprojekt enthaltenen Massnahmen ist von Sachverständigen auf 9,1 Milliarden Francs geschätzt worden.

SPD. Im August vorigen Jahres wählte eine aus sozialdemokratischen und kommunistischen Stadtverordneten bestehende Mehrheit den bisherigen Beigeordneten von Greiz zum Bürgermeister von Schkeuditz bei Halle. Jetzt endlich haben die Preussenkommissare die Wahl bestätigt.

SPD. Genf, 17. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Abschluss der Generaldebatte der Konferenz für die Vorbereitung der Vierzigstunden-Arbeitswoche gestaltete sich nochmals zu einem grossen Ringen um die Grundfragen des Problems.

Scharf lehnten Forbes-Watson-England und Pfeffer-Deutschland für die Unternehmer jede Arbeitszeitverkürzung ab. Von den Regierungen sprachen die Vertreter Kanadas und Südafrikas für die Reform. Belgien liess durch Professor Mahaim erklären, dass sich seine Regierung nicht in der Schlinge der Unternehmer fangen liesse. Die Regierungen müssten nach allen brauchbaren Mitteln greifen, um die Arbeitslosigkeit zu mindern. Für Deutschland betonte Dr. Sitzler vor allem zur Lohnfrage, dass eine Beschränkung der Lohnerhöhung bei Betrieben mit jetzt noch mehr als Vierzigstunden-Arbeitszeit zu unmöglichen Konkurrenzverhältnissen führen müsse. Eine allgemeine Lohnerhöhung, also auch in Betrieben mit jetzt schon 40 oder weniger Arbeitsstunden habe schwere volkswirtschaftliche Bedenken gegen sich. Auch sei bisher kein Weg gezeigt worden, wie man die Verpflichtung zur Lohnerhöhung international durchführen könne. Die deutsche Regierung könne sich daher nicht entschliessen, ohne genaue Einzelfeststellungen über die Durchführung und Tragweite einer allgemeinen Verpflichtung zur Lohnerhöhung zuzustimmen. Drei Arbeitervertreter traten den Unternehmern nochmals entgegen. Dann beendete der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Butler die Debatte mit einem langen Schlusswort.

Niemand habe mehr behauptet, so führte Butler aus, dass die Arbeitszeitverkürzung allein ein Heilmittel für die Krise sei. Aber ein Mittel sei sie. Man könne nicht auf die Weltwirtschaftskonferenz allein warten, denn alle Schwierigkeiten könne sie nicht auf einmal beseitigen. Dazu käme die technologische Arbeitslosigkeit. Wenn selbst also bald normale Verhältnisse eintreten würden, dann wäre die Arbeitslosigkeit noch nicht beseitigt. Sie werde im grösseren Masse nach der Krise fortbestehen als vorher. Eine Gesellschaft dürfe nicht dulden, dass es Millionen von Menschen gebe, die dauernd aus der Produktion ausgeschaltet seien. Die Gruppe der wirtschaftlichen Schwierigkeiten könne nicht durch die Meinungsverschiedenheiten der Wirtschaftssachverständigen, sondern nur durch die Praxis gelöst werden. Im Mittelpunkt stehe die Kaufkraft. Werde sie nicht erhalten, dann sei jede Besserung ausgeschlos-

sen. Verständlich sei der Einwand, das Abkommen müsse unbedingt international sein. Aber die Produktion für den Binnenmarkt überwiege überall. Wolle die Konferenz die Schwierigkeiten überwinden oder nicht, das sei die wichtigste Frage. Die Welt werde es viel ungünstiger aufnehmen, wenn nicht wenigstens der Versuch gemacht werde. Deshalb müsste mit gutem Willen an die Einzelarbeit gegangen werden, wozu die Entschliessungen der Regierungen die geeignete Grundlage biete.

SPD. Der auf Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags eingesetzte Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung der Personal- und Beamtenpolitik der Staatskommissare hat sich am Dienstag konstituiert. Den Vorsitz führt der Abgeordnete Schwenk (KPD). Zum Berichterstatter wurde der Abg. Buber (SPD) gewählt. Korreferent ist der Abg. Rosenhagen (Nazi).

SPD. Prag, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag demonstrierten in Prag die Autoverkehrsunternehmer und Chauffeure gegen das neue Automobilgesetz. Nachmittags kam es auf dem Wenzelsplatz zu Zusammenstössen. Die Polizei ging mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vor, unter die sich auch viele Kommunisten gemischt hatten. Die Ruhestörungen dauerten bis gegen Abend. 50 Personen wurden verhaftet.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat am Dienstag einen Antrag der Nationalsozialisten, den Freiwilligen Arbeitsdienst zur Dienstpflicht auszubauen, abgelehnt. Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, wonach der Arbeitsdienst seinen freiwilligen Charakter behalten und jeder Zwang unterbleiben soll; bei der Durchführung der Lager müsse die Selbstverwaltung und Selbstgestaltung des Arbeitsdienstes durch die Träger des Dienstes unter stärkster Berücksichtigung des Eigenlebens der Jugendverbände gesichert werden.

Ausser den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten sprachen sich alle grossen Parteien gegen die Arbeitsdienstpflicht aus. Auch der Arbeitsminister Dr. Syrup anerkannte die Unmöglichkeit der Arbeitsdienstpflicht.

Abg. Grassmann (Soz) verlangte, dass für den FAD das 25.Lebensjahr die obere Grenze bleibe, dass auf Sport und Belehrung grösster Wert gelegt, dass Arbeitskleidung, Taschengeld, Kranken- und Unfallversicherung gewährt werde.

SPD. Genf, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Regierungsvertreter auf der Vierzigstunden-Konferenz in Genf haben ihre Entschliessung nunmehr fertiggestellt. Die von Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Chile unterzeichnete Entschliessung hat folgenden Wortlaut:

"Die Konferenz ist nach Kenntnisnahme der verschiedenen für und gegen eine Arbeitszeitverkürzung vorgebrachten Gründe der Auffassung, dass die Arbeitszeitverkürzung eines der Mittel ist, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit geeignet sind. Sie beschliesst daher, in eine Prüfung der Einzelfragen entsprechend Ziffer 2 des vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Programms einzutreten, mit dem Ziel, eine internationale Abmachung zustandezubringen, deren Durchführung so zu gestalten ist, dass die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeiter ermöglicht wird."

SPD, Paris, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Regierung hat die Schaffung eines Studienausschusses für die Kontrolle der Waffenfabrikation und des Waffenhandels beschlossen. Dem Ausschuss wird ausser den zuständigen Unterstaatssekretären und einigen Generälen der Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Jouhaux angehören. Der Ausschuss soll den endgültigen Text des Planes ausarbeiten, den die Regierung der Abrüstungskonferenz unterbreiten will und der für Frankreich die Waffenfabrikation und den Waffenhandel regeln soll.

SPD. Genf. 17.Januar (Eig.Drahtb.)

In der Neunzehnerkommission der Völkerbundsvollversammlung soll offenbar mit China ein falsches Spiel getrieben werden. Am Dienstag ist die Antwort Japans auf die abgeänderte Entschliessung des Komitees aus Tokio eingetroffen. Wie zu erwarten war, nimmt die japanische Regierung die neue Entschliessung an, wünscht aber, dass in das vorgesehene kleine Verständigungskomitee für die Verhandlungen mit den Parteien nur Mitglieder des Völkerbundes einbezogen werden sollen. Der Entwurf sah vor, dass die Vollversammlung Mitglieder und Nichtmitglieder einbeziehen kann. Japan will aber vor allem nicht, dass Amerika in dem Komitee vertreten ist und somit die letzte und kleinste Möglichkeit irgendeines Druckes auf die Entscheidungen ausschalten. Es besteht nun die Absicht, wenn eine Einigung über die Resolution einmal mit Japan erfolgt ist, den Chinesen unter Druck diese Einigung aufzuzwingen, obwohl die chinesische Delegation vor der Sitzung des Neunzehnerkomitees keinerlei Kenntnisse von den ungeheuer wichtigen Abschwächungen des ursprünglichen Resolutionsentwurfes gehabt hat.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Krieg ist für die Generäle da.

SPD. Der Nazigeneral Lietzmann spritzt, wo immer er auch redet, Hass gegen den Generalfeldmarschall von Hindenburg. Dein Ruhm gehört mir!, so versichert er. Das haben andere vor ihm auch getan. Es ist der Wesenszug der deutschen Generalität, dass einer dem andern seinen sogenannten Ruhm neidet. Einen rigen Ruhm! So war es zwischen Ludendorff und Hindenburg, so ist es jetzt zwischen Lietzmann und Hindenburg. Sie wollen alle Sieger sein, sie wollen alle als Helden dastehen.

Aber hat schon einmal jemand davon gehört, dass die deutschen Generäle des Weltkrieges sich darum gestritten haben, wer die Schuld an der Niederlage trägt? Es wäre viel mehr Anlass, in Deutschland von der Niederlage zu reden und nicht von den sogenannten Siegen, die im Endeffekt keine waren. Aber darüber streiten die Herren Generäle nicht. In diesem Punkte sind sie vielmehr alle einig und halten zusammen, wie die Kletten. Denn für die Niederlage und ihre Erklärung, so denken sie alle, braucht man keine Generäle. Dazu hat man die Dolchstosslüge gegen das eigene Volk.

Wenn es gilt, die Verantwortung für die Niederlage zu tragen, drücken sich die Herren Generäle vom ersten bis zum letzten. Dazu ist das Volk gut genug. Generäle sind nur für Siege verantwortlich, nicht für Niederlagen. Alles Verdienst den Herren, alle Verantwortung für das Missgeschick den Soldaten und dem Volk. Schlappe Mannschaft, schlappes Volk, rote Dolchstössler, so heisst es bei der Niederlage. Beim Sieg aber heisst es nicht: tapfere Soldaten, sondern sieggekrönte Generäle.

Das ist die echt autoritäre Moral, die heute zum Regierungsprinzip geworden ist!

Man sieht daraus, dass der Krieg für die Generäle da ist. Sein Zweck ist es, sie berühmt zu machen. Das Schicksal des Volkes ist dabei nebensächlich.

Der Don Quichote der Agrarrevolution.

Die Jungdeutschen sind die echten sozialen Romantiker. Ihr Führer Mahraun, der sich in verstiegener Romantik der Meister nennt, geizt nach dem Ruhme, der Don Quichote der Agrarrevolution zu werden. Im neuesten Heft seiner Zeitschrift "Der Meister" ergeht er sich in geheimnisvollen Prophezeiungen für das Jahr 1933. Er sagt "die Raumrevolution" voraus:

"Die Voraussetzung der revolutionären Kraftentfaltung der Nation ist die innere Ueberzeugung aller geistig kampffähigen Menschen, dass nur die Neuordnung des Raumes das deutsche Elend beenden kann. Voraussetzung ist die Fähigkeit aller Anhänger der Raumrevolution, die Bedenken der letzten Gegner zu zerstreuen.

Wir werden nicht so töricht sein, die staatlichen Machtpositionen anzugreifen und die Schuld des Hochverrats zum Jubel unserer Feinde auf uns laden. Wir werden aber dennoch mit Einsatz unseres Lebens die regierenden Gewalten vor die Entscheidung zu zwingen wissen.

Wie Gandhi zu den Salzpfannen marschierte, müssen wir Jungdeutschen dann den Weg zur Scholle antreten. Dann muss das Leben einzelner für eine grosse und glückliche Zukunft der Nation gewagt werden.

Urteilt über die, die im Namen des Volkes ihr Recht von den Sternen

holen wollen, weil die herrschenden Mächte es verweigern. Wir werden vollendete Tatsachen schaffen, die selbst die schweigsamste Regierung zum offenen Bekenntnis zwingen sollen. Wir werden marschieren. Aber wir werden so klug marschieren, dass die Gegner der Raumrevolution in jedem Falle Unrecht haben.'

Wenn Worte einen Sinn haben, dann müsste dies die Ankündigung einer echten Agrarrevolution, einer Besetzung der Güter der Grossagrarier nach dem Muster der Fabrikbesetzungen in Italien sein. Man stelle sich Herrn Mahraun vor, gehüllt in einen Mantel, im Schmuck des Jungdeutschen Ordenskreuzes, an der Spitze jungdeutscher Brüder und Schwestern nach Ostelbien ziehend, um auf dem Lande der Grossgrundbesitzer Hütten zu bauen und den Pflug darüber zu ziehen!

Eine echte Agrarrevolution sieht anders aus, als diese Don Quichotes der deutschen Politik sie sich erträumen. Und wenn ihre Flammen emporschlagen würden, so würden Mahraun und die Seinen zu den ersten gehören, die über "Bolschewismus" zetern würden.

Der Marsch der jungdeutschen Gandhis zu den Salzpfannen Ostelbiens wird am Ende darin bestehen, dass Herr Arthur Mahraun eine Parzelle kauft und darauf Kartoffeln zieht.

Don Quichote, der ins bescheidene Heim zurückkehrt.

Aus dem braunen Brei.

Gregor Strasser scheint in der NSDAP doch nicht ganz tot zu sein, und es gibt vorsichtige Nationalsozialisten, die dem Beispiel der Einstampfung der Strassernummer des illustrierten "Völkischen Beobachter" nicht nachfolgen. In der Regensburger Nazibuchhandlung zum Beispiel ist immer noch das Gesicht Strassers im Mittelpunkt des Schaufensters auf einem Buchtitel ausgestellt. Man kann nicht wissen - vielleicht kommt er eines Tages wieder, und dann ist es besser, wenn man sich nicht zu sehr engagiert hat.

Strasser verhandelt gegenwärtig mit Hitler. Wir fragen uns nun: Wird die berühmte eingestampfte Strassernummer des "Völkischen Beobachter" wieder neu aufgelegt werden, wenn die beiden sich einigen und Strasser wieder zum "deutschen Eichbaum" ernannt wird?

+

Zur Himmelskutscherbrigade des Nazioberpfarrers Münchmeier gehört ein Nazipfarrer namens Streng aus dem kleinen badischen Dorf Waldwimmersbach. Herr Münchmeier hatte bekanntlich seine besondere Spezialität, die mit der Operationsnarbe an interessanten Gegenden. Sein Kollege Streng hat wieder eine andere Spezialität. Er hält es mit den Dorfschönen, und er legt sich mit Vorliebe mit ihnen - auf den Misthaufen. Herr Streng, der gegen die Marxisten streng ist, aber nicht gegen die Dorfschönen, hat "aus Gesundheitsrücksichten" in Urlaub gehen müssen. Wir wollen nicht prophezeien, aber wir machen schon im voraus darauf aufmerksam: Wenn nächstens neben dem ehemaligen Pfarrer Münchmeier ein ehemaliger Pfarrer Streng im Reiche umherreisen wird, um mit wüsten Reden Propaganda für Hitler zu machen, dann wird es dieser Streng sein. Wenn Streng aber streng redet, dann denkt an den Misthaufen!

+

Der Ehefrau von Hitlers Kronjuristen, dem Rechtsanwalt Franck II aus München, ist vor drei Monaten in der Münchener Post öffentlich vorgeworfen worden, dass sie an einem Betrug gegen die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung teilgenommen habe. Sie hätte eine Bekannte als Angestellte bei sich bezeichnet, um ihr nach einiger Zeit die Arbeitslosenunterstützung zu verschaffen. Als sie auf die Folgen des Betruges aufmerksam gemacht wurde, soll sie erklärt haben: "Mir kann nichts passieren. Wissen Sie, mein Mann sitzt zu fest im Sattel." Der Mann, der zu fest im Sattel sitzt, hat nach dieser Veröffentlichung bombastisch eine Beleidigungsklage angekündigt. Er hat indessen die Verjährungsfrist vergehen lassen, ohne Strafantrag zu stellen. Er hat also den Vorwurf des Betruges zuungunsten der Arbeitslosen auf seiner Frau sitzen lassen! Das ist Hitlers Leibjurist!

Aus aller Welt

Schauspieler in Not.

Nazis als "Förderer" des Theaters - Die Vermittlungstätigkeit des Bühnennachweises - Kunst geht nach trocken Brot.

SPD. Vor dem Bühnenoberschiedsgericht Berlin fand am Dienstag mittag eine für die geistige Theaternot der Zeit recht bezeichnende Verhandlung statt. Der Schauspieler Erich Ernst Berg hatte den Intendanten des Thüringischen Landestheaters in Gotha verklagt, weil dieser ihn trotz wiederholter mündlicher Zusicherungen für die Spielzeit 1932/33 auf Grund eines nationalsozialistischen Druckes nicht verpflichtet hatte. Das Bühnenschiedsgericht gab vor einigen Monaten dem Intendanten recht; ebenso, aus rein juristischen Gründen, am Dienstag das unter Vorsitz des Senatspräsidenten Lindner tagende Bohnenüberschiedsgericht. Das Gericht hielt es für bewiesen, dass nur eine dem Kläger gegebene schriftliche Engagementszusicherung für das Theater bindend gewesen wäre.

Die juristische Situation lag hier verhältnismässig einfach, das Gericht konnte wohl kaum anders erkennen. Immerhin werfen die Dinge, die in der offiziellen Verhandlung Berg kontra Strickrodt zur Verhandlung kamen, ein bezeichnendes Licht auf die Totengräberarbeit, die die Nationalsozialisten überall dort, wo sie einen massgeblichen Einfluss haben, an der Kultur vollbringen. Der Schauspieler Erich Ernst Berg war bereits seit zwei Spielzeiten mit gutem Erfolg als jugendlicher Held am Gothaer Theater tätig. Sein Intendant hatte ihm wiederholt zu verstehen gegeben, dass er ihn auch für die Spielzeit 1932/33 zu verpflichten gedenke. Aber eines Tages kam es in Gotha bei der Aufführung des Stückes "Juwelenraub am Kurfürstendamm" zu einem von den Nationalsozialisten provozierten Theaterskandal. Die Nazis forderten den Kopf des "Juden" Berg. Der bedrängte Künstler schrieb in seiner Not an den Vorsitzenden der Gothaer Nazis auf Anraten des Intendanten einen nicht eben sehr mutigen Brief, in dem er klarlegte, dass seine Mutter Katholikin, er also nur Halbjude sei. Aber die Naziseele raste, sie wollte ihr Opfer haben. Und Strickrodt gab nach - ganz offensichtlich aus Furcht vor dem nationalsozialistischen Druck. Einem andern jüdischen, gleichfalls nicht neuverpflichteten Schauspieler, der bereits eine schriftliche Engagementszusicherung in Händen hatte und juristisch somit in einer glücklicheren Lage war als Berg, musste er eine ziemlich hohe Entschädigung zahlen.

Der Vorsitzende des Bühnenoberschiedsgerichts leitete seine rein juristische Urteilsbegründung mit den Worten ein: "Wir haben nicht die Aufgabe, in die Hintergründe dieses Falles einzudringen; wir haben nicht zu entscheiden, ob hier in Gotha die Worte des Hans Sachs: Hier fragt sich's um die Kunst allein - berücksichtigt worden sind." Es ist aber ganz gut, dass durch den Verlauf dieser Verhandlung der mit der Hakenkreuzfahne drapierte politische Hintergrund eines grossen Teils des deutschen Theaterlebens einmal blossgelegt worden ist. Der Schauspieler Erich Ernst Berg will gemeinsam mit anderen benachteiligten Kollegen festgestellt haben, dass 59 deutsche Theater ihre Engagements-Entscheidungen auf Grund des nationalsozialistischen Druckes nach rassepolitischen Gesichtspunkten treffen. Diese Ziffer lässt sich natürlich schwer nachprüfen. Aber jedenfalls lassen sich noch aus zahlreichen Städten Deutschlands viele Fälle nationalsozialistischer "Theaterpolitik" beibringen.

- Fälle, die z.T. noch weit krasser liegen als der des Schauspielers Erich Ernst Berg; von der wegen ihrer jüdischen Abstammung nicht wieder engagierten Souffleuse ganz zu schweigen....

+

Der Deutsche Bühnennachweis in Berlin gibt die Zahl sämtlicher in Deutschland lebender engagementsloser Schauspieler mit 10 ooo an. Im Engagement befinden sich nach seiner Berechnung 7 ooo Schauspieler. Für die Saison 1932/33 wurden nach seiner Statistik (Stichtag 31.Dezember 1932) 4 350 Vakanzen besetzt. Im einzelnen sind 1050 Saisonverträge, 347 Wiederengagements, 813 Filmabschlüsse, 590 Ensemble-Gastspiele und 1550 Einzelgastspiele im In- und Ausland vereinbart worden. Etwa 8 - 10 ooo Schauspieler wurden in den Räumen des Bühnennachweises in Berlin dort anwesenden Theaterleitern persönlich vorgestellt. Die Disponenten waren im Jahre 1932 an 191 Tagen auf Reisen und haben sich 2965 Mitglieder mit der Absicht der Prüfung ihrer Begabung auf den Bühnen angesehen.

Der Bühnennachweis hat ferner eine Statistik der Einnahmen seiner Mitglieder aufgestellt. Nach dieser Berechnung verdienen 34 Prozent seiner Mitglieder monatlich weniger als 250 Mark (durchschnittlich 185 Mark), 18 Prozent etwa 250 bis 300 Mark, der Rest erhält höhere Beträge.Diese Zahlen sprechen eine umso deutlichere Sprache, als die Schauspieler zumeist für die in modernen Stücken gebrauchte Gesellschaftskleidung selbst aufzukommen haben,dass sie einen ziemlich hohen Betrag für Körperpflege usw. in Rechnung stellen müssen und dass es nur noch wenige Theater mit mehr als achtmonatiger Spielzeit gibt.

+

Die Schlacht auf dem Berliner Theaterkriegsschauplatz geht weiter.Ausser der künstlerisch und finanziell gefestigten Volksbühne wackeln so ziemlich alle Theater. Das Schicksal des repräsentativen Deutschen Theaters liegt noch immer in Duisbergs I.G.Farben-Händen. Die Rotter-Aktion ist eingefroren; die Banken geben keine Kredite mehr. Das den Rotter-Bühnen angeschlossene Grosse Schauspielhaus zahlt den verpflichteten Künstlern die fälligen Gagen; hingegen sind im Theater des Westens, trotzdem die Schwejk-Aufführungen mit Max Pallenberg in der Hauptrolle einen grossen Erfolg darstellen, die fälligen Montagzahlungen ausgeblieben. Die Schauspieler haben ein Ultimatum gestellt. Im Rotter- "Theater am Nollendorfplatz" soll Leo Falls "Geschiedene Frau" zur Aufführung kommen; weil aber wegen fehlender Kaution das Polizeipräsidium keine Konzession geben will, kommtallem Anschein nach das Stück schon vorher zu Fall.

Ego.

+ + +

Deutschnationaler Müll. Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts III-Berlin begann am Dienstag die auf mehrere Wochen berechnete Verhandlung gegen den ehemaligen deutschnationalen Generaldirektor Kurt Lettow von der Berliner Müllabfuhr-A.G. (Bemag). Lettow wird in mehreren Fällen der Untreue, ausserdem der handelsrechtlichen Untreue beschuldigt. Er soll seine geschäftlichen Dispositionen nicht im Interesse der Bemag, sondern im Interesse der Viktoria-Park-A.G. (Vipag), deren Hauptaktionär er war, getroffen haben. Die Bemag stand mit der Vipag in enger geschäftlicher Beziehung. Wegen des Missbrauchs dieser Beziehungen war der zweite Hauptaktionär der Vipag, der frühere deutschnationale Stadtrat Wege, bereits im Jahre 1929 fristlos entlassen worden. Er ist inzwischen in der Versenkung verschwunden.

Im einzelnen wird dem Angeklagten Lettow in der Verhandlung, zu der 55 Zeugen geladen sind, vorgeworfen, dass er an die Vipag in ungerechtfertigter Weise 150 ooo Mark Vorschuss zahlen liess. Als die Müllabfuhrgesellschaft seinen und Weges Transaktionen ausgesetzt war, ist sie zu 75 Prozent privatkapitalistisch gewesen. Die Folge war, dass die privaten Fuhrunternehmer, die für sie arbeiteten, der Gesellschaft weit höhere Fuhrkosten berechneten, als

sie beim Stadtfuhrpark üblich sind. Auch hierbei sind Wege und Lettow mit dem Müll nicht schlecht gefahren. Inzwischen ist der deutschnationale Korruptionssumpf ausgetrocknet und die Berliner Müllabfuhr unter einwandfrei arbeitender Regie städtisch geworden.

\+ + +

Spät übt sich... In Haschi an der Moldau hat dieser Tage ein 102 Jahre alter Grundbesitzer zum zweitenmal geheiratet. Die aus seiner ersten Ehe stammenden Kinder sind 70 und 80 Jahre alt.

\+ + +

Der edle Prinz. Das deutsche Personal des mit seinen Millionen in die Schweiz geflüchteten Prinzen Friedrich Leopold von Preussen jun. führt um seine Existenz einen regelrechten Verzweiflungskampf. Während sich der Herr Prinz auf den Schneefeldern der Schweiz und an den sonnigen Gestanden Italiens mit seiner Freundin Elsa Basolesco eines ungebundenen Lebens erfreut, müssen seine in Deutschland angestellten Diener vor Gericht um jeden Pfennig der ihnen zustehenden Gehälter und Pensionen kämpfen. Schreiben sie dem Prinzen, so bekommen sie keine Antwort oder höchstens durch ihm ergebene Mittelspersonen die Auskunft, dass er sich "zu nichts mehr verpflichtet" fühle.

Und zu welchen Leistungen fühlte sich der Prinz früher "verpflichtet"? Dem seit 52 Jahren im Dienst des prinzlichen Hauses stehenden Potsdam-Glienicke Parkwächter und ehemaligen Leibkutscher Ferdinand Huth und seine Ehefrau - zwei Leute im Alter von fast 70 Jahren - liess der Prinz von Zeit zu Zeit in Abständen von mehreren Wochen durch seine Hausverwaltung Beträge in Höhe von 10 und 20 Mark überweisen; seit neuerer Zeit gibt es überhaupt nichts mehr. In grosser wirtschaftlicher Not befinden sich auch die meisten anderen Angestellten des Prinzen: der 63 Jahre alte Glienicker Schlossdiener Gursch ist bis zur Krankenhausreife entkräftet und kämpft in einem Potsdamer Spital auf Leben und Tod; der Parkaufseher Karl Buchholz, der Kassenbote Brand, der Kutscher Echternach und der 65 Jahre alte Hausdiener Wilhelm Stengel wissen gleichfalls nicht, wovon sie leben sollen. Nur die ehemalige erste Köchin des prinzlichen Hauses, ein Fräulein Berghold, die 23 Jahre lang im Dienste der Familie gestanden und den Vater des Schweizer Kapitalflüchtlings in seiner Sterbestunde betreut hatte, fand einen Helfer in dem - Juda verrecke! -Potsdamer Justizrat Nathan Josephson, der sie in sein Haus aufnahm....

\+ + +

Ein freundlicher Dieb. Einem Bauer in dem oberschlesischen Dorf Falkenberg wurden dieser Tage per Postanweisung 900 Mark überwiesen. In einem gleichzeitig eingetroffenen Brief teilte ihm der anonyme Absender mit, dass er vor 12 Jahren bei der Hochzeit der Tochter des Bauern die Mitgift der Braut in Höhe von 10 000 Mark gestohlen habe, dass er jetzt aber das Geld, das ihm in der Zwischenzeit Glück gebracht habe, ratenweise zurückzahlen wolle. Der Bauer ist über die Liebenswürdigkeit seines Diebes nicht wenig erfreut. Wäre der Betrag entsprechend der ursprünglichen Absicht auf einer Bank deponiert worden, so würde er wahrscheinlich während der Inflation in ein Nichts zerronnen sein.

\+ + +

Universitätskrawall. Am Dienstag Vormittag überfielen vor der Berliner Universität etwa 500 zum Teil uniformierte Nazistudenten eine Minderheit ihrer republikanischen Kommilitonen und verletzten mehrere erheblich. Ausserdem attackierten Hitlers Kameraden das ihnen offenbar politisch unsympathische - Servierfräulein des Erfrischungsraums. Das junge Mädchen bekam mit einem Stuhlbein einen heftigen Kopfhieb.

Wirtschaft Technik Handel

Märkte und Politik.

(Private Initiative hält sich auf den Warenmärkten zurück. - Japaner kaufen aus militärischen Gründen - Aufgabe der Goldwährung in Südafrika. - Die grossen amerikanischen Stützungsprojekte.)

SPD. Auf den grossen Warenmärkten pflegt nach Jahresschluss eine Belebung einzutreten. In diesem Jahre ist das nicht der Fall gewesen. Das Unternehmertum, das sich in seinen Reden so wirtschaftsoptimistisch gibt, hält sich im Einkauf von Rohstoffen stark zurück. Ganz allgemein ist man dazu übergegangen, möglichst kleine Läger zu unterhalten und nur für den nächsten Bedarf einzukaufen. Dass dabei die Märkte und damit die Wirtschaft nicht angekurbelt werden können, versteht sich von selbst.

Am meisten haben darunter wohl die Metallmärkte zu leiden. Der Kupferpreis ist wieder arg ins Schwanken geraten und landete in der Gegend von 5 cents pro englisches Pfund (453 Gramm), also bei den niedrigsten Sätzen, obwohl die Produktion gegenüber den Vorjahr um etwa 30 % und gegenüber dem Höchststande wohl um 50 % zurückgegangen ist. Allerdings haben Afrika und Kanada, im Rahmen der grossen kupferpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Nordamerika und England, diese Produktionsdrosselungen nicht mitgemacht. Die in Frage kommenden Kupfergrubengesellschaften haben sogar ihre Produktion erhöht und wollen sie noch weiter steigern. Starken Schwankungen unterlag auch der Zinnpreis. Hier erfolgte ein ausgesprochener Einbruch in den Markt, als eine Firma, die den grossen Zinnpools nahesteht, plötzlich grössere Verkäufe vornahm, ohne sich in Zahlungsschwierigkeiten zu befinden. Möglich ist immerhin, dass die Firmen, die nun seit Jahr und Tag auf grossen Lägern festsitzen, von der Preis- und Produktionspolitik der Pools die Nase voll haben und es klug halten, eigne Wege zu gehen. Blei und Zink unterliegen mässigem Preisdruck. Auf den Zinkmarkt scheinen sich bei den Kartellen wieder Misshelligkeiten herausgestellt zu haben.

Wolle liegt gegenwärtig ausserordentlich fest; aber das beruht auf Gründen, die mit der Ware und dem Markt herzlich wenig zu tun haben. Die bessere Stimmung für Wolle entwickelte sich aus der Aufgabe der Goldwährung durch Südafrika. Es handelt sich also um die vorübergehende Besserung der Marktlage, wie sie Währungsexperimenten immer zu folgen pflegt. Dazu kam aber eine zweite Anregung, nämlich die Tatsache, dass Japan, sicherlich aus militärischen Gründen, in grösserem Ausmass Wolle in Australien aufgekauft hat.

Ein ähnliches Schicksal hat gegenwärtig die Baumwolle. Hier spielen rein politische Gründe mit. Gründe, die auch die Getreidemärkte stark beeinflussen. Die Getreidebörse in Chicago z.B. zeigte vorübergehend sogar starke Festigkeit bei lebhaftem Geschäft. Nur hat das alles nicht vorgehalten und schliesslich lagen die Preise nicht wesentlich höher als vor Beginn der ganzen Aktion. Die Aktion besteht im wesentlichen aber im folgenden:

Auch in Amerika zerbricht man sich den Kopf mit allen möglichen und unmöglichen "landwirtschaftlichen Hilfsaktionen" und der sterbende Kongress, der in diesem Frühjahr auseinandergeht, beeilt sich, noch die verschiedensten Beschlüsse zu fassen, die dadurch nicht besser werden, dass man sie über das

Knie bricht. Augenblicklich stehen Pläne im Vordergrund, die Farmer zu einer "freiwilligen" Einschränkung des Anbaus von Getreide, Baumwolle usw. zu veranlassen. Die Farmer sollen, wenn sie auf diese Pläne eingehen, durch höhere Preise entschädigt werden. Es handelt sich also um den alten Trick, durch Drosselung der Produktion das Angebot zu verknappen und so zu höheren Preisen zu kommen. In Amerika ist man gegenwärtig dabei, das Fell des Bären zu teilen ohne dass man ihn erlegt hat d.h. ohne dass man sich über die Produktionseinschränkung überhaupt klar geworden ist. Sowohl in Kanada als auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika debattiert man eifrig darüber, wie hoch man den Preis festsetzen soll, ob man einen Aufschlag auf die Weltpreise nehmen oder ob man den Landwirten einen sogenannten festen d.h. sehr hohen Preis bewilligen soll. Soweit man die Debatte überschauen kann, hat der "feste" Preis die meisten Sympathien. Man hat sich auch rein rechnerische schon an diesem festen Preis versucht. Der feste Preis für Getreide soll in den Vereinigten Staaten von Nordamerika etwa das Doppelte des jetzigen Marktpreises betragen, in Kanada das 2½-fache. Bei Baumwolle will man es mit dem 1½-fachen des jetzigen Marktpreises bewenden lassen. In Kanada hat aber bisher weder die Regierung noch das Parlament zu diesen Projekten Stellung genommen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika befasste sich bis jetzt nur das Repräsentantenhaus damit, während sich die Senatsberatungen erst demnächst mit diesen Plänen zu beschäftigen haben werden. Es handelt sich also nur um Projekte; aber das genügt, um die Spekulation zu entflammen. Wie wir schon oben erwähnt haben, hat die Spekulation die Preise aber auch nicht bessern können. Die Spekulation kann auch nicht gegen Bestände anrennen, die die Kaufkraft übersteigen und so auf die Preise drücken.

Allerdings scheint der Winter auf der nördlichen Erdhälfte schneearm zu bleiben. Der diesmalige Winter wird also, soweit die Saaten in Frage kommen, ungünstiger verlaufen als seine Vorgänger. Das sind aber bis jetzt nur Mutmassungen, die auf nichts schliessen lassen.

SPD. Der Gedanke, Gasleitungen in den Dienst der Kraftverkehrswirtschaft zu stellen, hat sich in England bewährt. Die Stadtverwaltung Birmingham unternahm den Versuch, Benzinmotore mit Gas aus dem Stadtnetz zu betreiben, und hat damit Erfolg gehabt. Als Versuchswagen wurde ein mit 20 PS Motor ausgerüstetes Lastauto benutzt. Das komprimierte Gas (210 Atmosphären Druck) wurde in fünf Stahlflaschen unter der Ladefläche des Wagens in einem Zwischenboden mitgeführt. Die Flaschen hatten ein Gewicht von 228 kg und fassten 52 cbm Gas. Bei einer Fahrt von Birmingham nach Coventry wurden mit einer Nutzlast von 780 kg (Gesamtgewicht des Fahrzeuges in beladenem Zustand rund 3 to) Geschwindigkeiten bis zu 88 km/std. erreicht; der Gasverbrauch betrug 0,4 cbm/km. Auf kürzeren Fahrten innerhalb der Stadt stieg der Gasverbrauch auf fast 0,5 cbm/km. Nach den Aussagen der Wagenführer ist der mit Gas betriebene Motor elastischer als der Benzinmotor, eine Gasfüllung reicht für etwa 100 km Weg.

Infolge der Abhängigkeit dieser Fahrzeuge von der mit Kompressor versehenen Füllstation und auch wegen des hohen Gewichts der Hochdruckstahlflaschen ist nicht damit zu rechnen, dass diese Antriebsart dem Benzinkraftwagen ernstlich Konkurrenz macht.

SPD. Dem Reichsfinanzministerium liegt ein Gesetzentwurf über die Umschuldung der Gemeinden vor, der von dem früheren Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Professor Dr. Popitz, der jetzt das preussische Finanz-

ministerium verwaltet, ausgearbeitet worden ist. Das wäre, so viel wir wissen, der 13.Entwurf, mit dem man sich im Reichsfinanzministerium beschäftigt hat, ohne dass dabei etwas herausgekommen wäre. Der Entwurf des Professors Dr. Popitz greift auf den Gedanken zurück, die Hauszinssteuerhypotheken in börsengängige Papiere, Hypothekenbriefe, zu verwandeln; durch den Verkauf derselben auf dem offenen Markt will man die Mittel zur Umschuldung beschaffen. Die Mängel des Projekts treten deutlich zutage. Trotz der gegenwärtig flüssigen Geldmärkte erscheint die Beschaffung von Summen, die für die Umschuldung notwendig sind, unmöglich. Ausserdem wollen die Käufer, wenn sie schon derartige Papiere erwerben, Paripapiere haben d.h. sie werden es ablehnen, ein Papier mit 100 % zu kaufen, das nach kurzer Zeit totsicher auf 80, wenn nicht 70 % sinken wird.

Während man im Reichsfinanzministerium über die Umschuldung der Gemeinden theoretisiert, wird die Geldnot der Gemeinden immer ärger. Die Verhandlungen der Gemeinden mit dem Reich, die Zuweisungen zuerhöhen, schweben noch immer. Die Zuweisungen betragen gegenwärtig 80 Millionen Mark pro Monat, während der Bedarf der Gemeinden sich monatlich auf zum mindesten 100 Millionen Mark stellt

---

SPD. In der 2.Januarwoche ist bei der Reichsbank eine starke Entlastung eingetreten, die die gegenwärtige Flüssigkeit der Geldmärkte wiederspiegelt. Die gesamten Ausleihungen gingen um 128,7 auf 2875,8 Millionen Mark zurück. Ende Dezember 1932 erreichten sie noch den Stand von 3379,7 Millionen. Der Wechselkredit hat sich in der 2.Januarwoche stärker verringert als die gesamten Ausleihungen, nämlich um 139,6 auf 2384,7 Millionen Mark (Stand Ende Dezember 1932 = 2805,5 Millionen). Die Bestände an Reichsschatzwechseln sind um 10,8 auf 21,5 Millionen gestiegen. Die Währungsreserve hat sich unbeträchtlich, um 500 000 Mark, auf 920,8 Millionen Mark erhöht. Die Deckung der Noten wird mit 28,2 % angegeben gegenüber 27,3 % am Ende der Vorwoche.

SPD. Die Reichsregierung hat sich Anfang der Woche mit der Frage einer Erweiterung des Vollstreckungsschutzes beschäftigt und scheint gewillt zu sein, die Forderung des Reichslandbundes abzulehnen, auch sanierungsunfähige, bankrotte Betriebe, die aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen aus dem Sicherungsverfahren ausscheiden mussten, wieder unter den Vollstreckungsschutz zu stellen. Es ist zu erwarten,dass die Grossagrarier gegen diesen Standpunkt der Regierung, der dem Siedlungsgedanken neue Möglichkeiten einer Verwirklichung gäbe, mit allen Mitteln Sturm laufen werden, und man kann nur hoffen, dass die Reichsregierung gegenüber diesen Attacken bei ihrem Entschluss bleiben wird.

Andererseits scheint die Entscheidung im Reichskabinett dahin gefallen zu sein, den Vollstreckungsschutz ganz allgemein auf das ganze Reich auszudehnen. Bisher galt dieser Schutz nur für die östlichen Notstandsgebiete; weiter in solchen Fällen, wo die Betriebe durch Unwetter usw. schwere Schäden erlitten hatten und wo eine Preissenkung für landwirtschaftliche Produkte eingetreten war, die eine Rentabilität des Betriebs nicht mehr zulässt.Die Verallgemeinerung verteidigt man mit dem Hinweis,dass der landwirtschaftliche Betrieb z.B. in Norddeutschland ebenso sehr von der landwirtschaftlichen Krise betroffen werde wie die Betriebe in den amtlich abgegrenzten Notstandsgebieten. Das mag zutreffen, gilt aber auch für alle anderen Berufsstände z. B. für Arbeiter, Beamte, Angestellte und Handwerker,die dem Zugriff jeder Zwangsversteigerung schutzlos ausgesetzt sind. Wenn man die Argumentation für

einen allgemeinen Vollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Betriebe,der nach den letzten Entscheidungen des Reichskabinetts auch das tote und lebende Inventar, also Vieh, Handwerkszeug, Vorräte usw., umfassen soll, anerkennen will, darf man das Zweischneidige und das Bedenkliche dieser Mittel nicht übersehen. Der allgemeine Vollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Betriebe wird und muss zur Folge haben,dass jedes Kreditgeschäft mit der Landwirtschaft aufhört. Dabei wird der Handel keinen Unterschied machen, ob es sich bei einem möglichen Geschäft um einen faulen oder gesunden Betrieb handelt; denn der allgemeine Vollstreckungsschutz kann von Betrieben beider Art in Anspruch genommen werden. Der gesunde Betrieb, der Kreditaufnahmen und abzahlen kann,wird also in seiner Wirtschaftsführung durch den faulen Betrieb bezw. den allgemeinen Vollstreckungsschutz belastet.

Härten hat auch die Entscheidung des Reichskabinetts, wonach der Vollstreckungsschutz zunächst bis zur Ernte 1933 gelten soll. Wir wollen davon absehen, dass auf Grund dieser Bestimmung überhaupt keine Steuern mehr gezahlt zu werden brauchen und auch nicht gezahlt werden. Viel schlimmer liegt es bei den kleinen Händlern auf dem Land und bei den kleinen Handwerkern in den Dörfern. Sie haben an irgendeinen landwirtschaftlichen Betrieb Waren geliefert oder ihm Dienste geleistet und haben jetzt keinerlei Rechtsmittel, ihre Forderungen einzutreiben, auch wenn der Schuldner zahlungsfähig ist.

Empörend ist die Behandlung dieser kleinen Leute gegenüber der Behandlung, die sich die grossen Düngemittelkonzerne erfreuen. Diese grossen Industriegesellschaften liefern an die Landwirtschaft künstlichen Dünger. Sie nehmen aber dabei nicht das Risiko auf sich, mit dem sich der kleine Händler und der Handwerker auf dem Land abzufinden hat: das Reich übernimmt nämlich Bürgschaften für die Düngemittelkonzerne. Angeblich, um die Ernte sicher zu stellen.Ist aber die Arbeit des Schmieds und des Motorschlossers z.B. nicht gerade so notwendig zur Erntesicherung wie der Stickstoffder I.G.Farbenindustrie? Das ist wohl nicht zu bestreiten. Aber es bleibt dabei, der Grosse wird geschützt,den Kleinen gibt man preis. Das ist ein System, von einem bankrotten Grossgrundbesitz erzwungen, unter dem die deutsche Landwirtschaft vor die Hunde gehen muss.

Berliner Viehmarkt.

(17.Jan.)

SPD. Das Angebot an Schweinen war mit fast 12 ooo Tieren auch am Dienstag immer noch hoch, wenn auch nicht ganz so hoch wie am letzten Markt.Bei nachgebenden Preisen und bei ziemlichen Ausgleich in Angebot und Nachfrage gab es ruhiges Geschäft. Am Hammelmarkt wurden gute Tiere gesucht. Im übrigen waren Preisveränderungen nur vereinzelt festzustellen. Am Kälbermarkt gab es mittelmässiges Geschäft. Der Rindermarkt war reichlicher beschickt, was in der Preisbildung zum Ausdruck kam.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund 35 - 37 (-), b) 240 - 300 Pfd. 36 (36-37), c) 200 - 240 Pfd. 35 - 36 (35-36), d) 160 - 200 Pfd. 33 - 34 (33-35), e) 120 - 160 Pfd. 31 - 32 (31-33), Sauen 32 - 34 (33-34). Kühe: a) 21 - 23 (22-25), b) 18-20 (19-21), c) 15-16 (15-17), d) 10- 14 (10-14). Kälber: a) - (-), b) 35 - 42 (35-41), c) 25 - 35 (25-35), d) 17 - 24 (17 -23). Schafe: a) 31 - 32 (31-32), b) 29 - 30 (29-30), c) 27-28 (26-28), d) 16 - 25 (15-25).

Hohe Preise - höheres Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 17.Januar 1933)

SPD. Die Notierungen für Brotgetreide setzten in Lieferungsware um 0,50 M schwächer ein. Für Hafer war die Stimmung etwas freundlicher. Die Entwicklung der Brotgetreidenotierungen wurde darauf zurückgeführt, dass das Angebot sich wieder gesteigert hat, während die Stützungsstellen sich mehr als an den Vortagen zurückhielten. Am Promptmarkt betrug der Preisaufschlag für Brotgetreide rund 1 Mark. Man hat zu diesem Preisdruck gegriffen, um die Berliner Preise wieder mehr den Provinzpreisen anzupassen, da das höhere Preisniveau in Berlin in den letzten Tagen grösseres Angebot nach der Reichshauptstadt gezogen hat. Hafer lag am Promptmarkt etwas unfreundlicher. Der Verlauf des Geschäftes am Promptmarkt wirkte ungünstig auf den Lieferungsmarkt, sodass zum Schluss der Börse bei den Brotgetreidenotierungen 1 Mark abgeschlagen wurde.

	16.1.	17.1.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	186 - 188	185 - 187
Roggen	152 - 154	151 - 153
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industriegerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	112 - 115	112 - 115
Weizenmehl	22,75-26,10	22,75-26,oo
Roggenmehl	19,30-21,60	19,50-21,60
Weizenkleie	8,75- 9,oo	8,75- 9,oo
Roggenkleie	8,70- 9,oo	8,70- 9,oo

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 203-202½ (Vortag 203½), Mai 205½-204½ (206). Roggen März 163 1/4-162 1/4 (163½). Mai 165 1/4-164 (165 3/4). Hafer März 122½-122 1/4 (122 3/4), Mai 125 1/4-125 1/4 (125 3/4).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin,d.17.1.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		RM o,55 - o,70
" Weizenstroh "		" o,40 - o,50
" Haferstroh "		" o,40 - o,50
" Gerstenstroh "		" o,40 - o,50
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt		" o,70 - o,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh		" o,50 - o,70
" Weizenstroh		" o,40 - o,50
Häcksel	Tendenz: behauptet	" 1,10 - 1,30
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		" 1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken		" 1,75 - 2,05
Luzerne, lose		" 2,25 - 2,55
Thymothee, lose		" 2,30 - 2,60
Kleeheu, lose		" 2,20 - 2,60
Mielitz-Heu, lose, rein		" -
" " " (Warthe)		" -
" " " (Havel)		" -
Drahtgepresstes Heu	Tendenz: still	" 0,40 über Notiz.

Gewerkschaftliche Rundschau

Sechs Tage in der KPD.

Genügen, um von der KPD genug zu haben.

SPD. Zu Beginn der vorigen Woche berichtete die Kommunistenpresse in grosser Aufmachung den Uebertritt der Vorstandsmitglieder des Gesamtverbandes in Plauen (Vogtland) Albert Maedler und Arno Richter in die kommunistische Partei. Beide waren bis zum Uebertritt politisch in der SAP organisiert. Beide waren Betriebsratsvorsitzende städtischer Verwaltungen. Die KPD-Presse veröffentlichte eine mit dem Namen der beiden Gewerkschafter unterzeichnete Erklärung. Darin hiess es, der fortgesetzte Verrat der sozialdemokratischen Führer an den Klasseninteressen der Arbeiterschaft sei die Veranlassung zu dem Uebertritt gewesen; nur die KPD schaffe durch ihre revolutionäre Politik die Einheit der Arbeiter im Betrieb.

Die Freude der KPD und RGO über ihre neuen Mitglieder war nur von kurzer Dauer. Wenige Tage nach dem Uebertritt haben die Neubekehrten in der Generalversammlung des Gesamtverbandes wieder ihren Austritt aus der KPD erklärt. Die mit ihrem Namen unterzeichnete Erklärung, die von der kommunistischen Presse veröffentlicht worden war, stammt nicht von ihnen und ist auch nicht von ihnen unterzeichnet worden.

Bei dem Uebertritt zur KPD war Mädler und Richter von den Parteisekretären Janke und Mildenstrey ehrenwörtlich versichert worden, dass sie jede Spaltungsarbeit gegen die Kultur- und Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter ablehnen können. Die Partei habe sich in diesen Fragen umgestellt. Es liege ein neuer Beschluss des "Ekki" vor. Aber schon wenige Tage darauf verlangte man von ihnen das Gegenteil. Sie wurden beauftragt, bei der bevorstehenden Vorstandswahl der Ortsverwaltung Plauen eine Oppositionsliste aufzustellen. Beide lehnten das ab, und in der Generalversammlung am Ende der vorigen Woche erklärten Mädler und Richter, sie wollten das Vertrauen, das ihnen die Kollegen im Betriebe geschenkt haben, nicht enttäuschen, und aus diesem Grunde hätten sie die Konsequenzen gezogen. Sie müssten sich selbst verachten, wenn sie zu willenlosen Werkzeugen und Lakeien der KPD herabsinken würden.

Nur ein paar Tage Zugehörigkeit zur KPD genügten also, um Arbeiter, denen es mit der Einheit der Arbeiterbewegung ernst war, wieder aus der KPD zu vertreiben. Diese Arbeiter haben sehr schnell die kommunistische Partei in ihrer Fratze kennen gelernt. Ihre Erfahrungen mit der KPD und RGO haben ihren Versuch, von den Reihen der Kommunisten aus etwas für die Einheit der Arbeiterbewegung zu tun, als hoffnungslos erscheinen zu lassen.-

+

Ein neuer Beweis, dass die Arbeitereinheit nie von den Kommunisten geschaffen werden kann; denn die Kommunisten haben die Befehle Moskaus auszuführen, und Moskau will keine Verständigung mit der freiorganisierten Arbeiterschaft. Zur Zeit ganz und gar nicht. Und warum nicht? Zur Beantwortung dieser Frage veröffentlicht in der jüngsten Nummer der "Gewerkschaftszeitung," des Organs des ADGB, ein guter Kenner der internen Gründe kommunistischer Politik einen interessanten Beitrag. Sein Gedankengang ist folgender:

Die Dauer der Krise wird auch für das Sowjetreich verhängnisvoll. Die Preise für Rohmaterial und Agrarprodukte, die Russland vorwiegend für industrielle Erzeugnisse in Austausch geben konnte, stürzten und erreichten einen nie erlebten Tiefstand. Mit diesem Absturz hielten die Preissenkungen für industrielle Erzeugnisse nicht gleichen Schritt. Russland musste für die gleiche Menge solcher Produkte eine unvergleichlich grössere Menge seiner Ausfuhrprodukte in Tausch geben. Seine Valuta sank sturzartig mit dem Weltmarktpreis. Es liegt im eigenen Interesse Russlands, der Wirtschaftskrise möglichst schnell Herr zu werden und die Gesamtmaschinerie in Bewegung zu setzen. Es will daher keine entscheidenden Auseinandersetzungen mit dem Kapital, sondern Verständigung mit ihm und schnelle Wiederherstellung des gestörten Güteraustausches. Daher die Hilfsstellung der KPD und RGO für Faschisten und Kapitalisten, und Kampfstellung gegen den wirklichen Feind des Kapitalismus, die freiorganisierte Arbeiterbewegung durch taktische Manöver, Streikmache und gehässige Hetze. Die RGO-Taktik entspringt einer bestimmten Perspektive. Sowjetrussland sucht in seinem Interesse Verständigung mit den Kapitalisten, und deshalb fördert es die Bekämpfung der Gewerkschaften.

SPD. Der Streik bei der Berliner Fischmarinierfabrik Mortensen ist mit einem Erfolg der Belegschaft abgeschlossen worden. Die Firma hat einen Lohnabbau von 4 Pfennig verlangt. Der Schiedsspruch, der von beiden Seiten angenommen wurde, lässt die Löhne der Arbeiterinnen, die weniger als drei Monate im Betrieb sind, unverändert und kürzt die Löhne der übrigen Arbeiterinnen nur um 1 Pfennig.

Die rasche Annahme des Schiedsspruchs durch die Firma ist ein Beweis dafür, dass ihre Stillegungsdrohung unter Hinweis auf die Konkurrenz der Fischmarinierbetriebe an der Küste nur ein Schreckschuss war.

Das Personal, das fast nur aus Arbeiterinnen besteht, ist im Gesamtverband gut organisiert. Die RGO, die sich in die Bewegung einzumischen versuchte, fiel bei der Belegschaft glatt ab.

SPD. Für das Gros des Unternehmertums gibt es nur ein Mittel zur Sanierung der Wirtschaft: Senkung der Gestehungskosten. Diese Gestehungskostensenkung bedeutet für sie aber in erster Linie Lohndruck und nicht etwa auch Minderung des Profits. Hier ein Beispiel aus der sächsischen Baustoffindustrie. Bei einem Ziegeleiwerk in Limbach setzten sich im Jahre 1929 die Gestehungskosten für 1000 Mauersteine, für die ein Verkaufspreis von 46 Mark erzielt wurde, aus 30,5 % Arbeitslohn, 1,58 % Sozialversicherung, 14,9 % Betriebsstoffe, 5,11 % Steuern und Abgaben, 8,7 % Kapitalzinsen, 10,87 % Abschreibungen und 28,34 % Reinverdienst zusammen. Nach mehrmaligen Lohnkürzungen und bei einem Verkaufspreis von 33 Mark für 1000 Mauersteine setzten sich die Gestehungskosten im Jahre 1932 aus folgenden Punkten zusammen: 20,73 % Arbeitslohn, 1,72 % Sozialversicherung, 16 % Betriebsstoffe, 6,1 % Steuern, 9,09 % Kapitalzinsen, 11,36 % Abschreibungen und 35 % Reingewinn.

Daraus geht hervor, dass in dieser Ziegelei der Lohnanteil von 30,5 auf 20,73 % zurückging. Die Anteile für Kapitalzinsen und Abschreibungen und Reinverdienst dagegen stiegen von 47,91 % auf 55,45 % und der des Reingewinns allein von 28,34 % auf 35 %. Der Lohnanteil sank also erheblich, der Profitanteil stieg aber, und das in der Zeit der Krise.

Trotzdem sind die Ziegeleiunternehmer nicht zufrieden; sie haben den Manteltarif gekündigt, um von allen tariflichen Bindungen loszukommen.

SPD. In den Grubenrevieren werden von den Kommunisten Sammellisten verbreitet. In dem Rundschreiben zu diesen Sammellisten heisst es: "Seit Wochen führen unsere Klassenbrüder in Grünbach sowie im Rositzer Kohlengebiet einen heldenhaften Streik. Wir ersuchen Euch eindringlich, auf dem schnellsten Weg eine grossz"gige Sammelkampagne für die streikenden Kameraden einzuleiten. Gesammelte Teilbeträge sind sofort à Conto an den Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands - Bezirksleitung abzurechnen, die dem Interkom überwiesen werden. Lasst die Listen sofort zirkulieren. Am Freitag, wenn die Bergarbeiter Geld bekommen, müssen die Listen unbedingt im Betrieb zirkulieren."

Wir haben es hier mit einem Schwindel zu tun. Im Rositzer Kohlengebiet wird nicht gestreikt.

Die kommunistischen Gewerkschaftsstrategen wollen sich mit Hilfe von Lügen Mittel beschaffen, die von der bankrotten RGO nicht aufgebracht werden können.-

Bergarbeiter, Taschen zu!

SPD. Zurzeit wird wieder einmal in den Blättern der Agrarier viel über die "Soziallasten" der deutschen Landwirtschaft geklagt. Anlass dazu gibt eine Veröffentlichung des Deutschen Landwirtschaftsrat, worin für die einzelnen Wirtschaftsjahre der Gesamtaufwand für die Sozialabgaben der Landwirtschaft(Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil zusammen) errechnet wird. Es marschieren da folgende Ziffern auf: 1924/25 160 Millionen Mark, 1925/26 205 Millionen, 1926/27 255 Millionen, 1927/28 275 Millionen, 1928/29 300 Millionen, 1929/30 320 Millionen, und 1930/31 315 Millionen. Wir haben es bei diesen Zahlen lediglich mit Schätzungen zu tun, um eine Verallgemeinerung von Buchführungsabschlüssen.

Die Agrarier jammern über die Sozial-Lasten. Handelt es sich denn aber wirklich bei den Sozialabgaben nur um Lasten? "Der Landarbeiter", das Organ des Deutschen Landarbeiterverbandes, verneint diese Frage. Er sagt: "Die Sozialabgaben mögen als ein Teil des Lohnes gelten. Sie sind aber darüberhinaus eine Rücklage für Notfälle des Lebens, im besonderen bei Krankheit, Invalidität, Unfall, Arbeitslosigkeit. Zu beachten ist weiter, dass teilweise die Sozialversicherung an die Stelle früherer Verpflichtungen der Arbeitgeber getreten ist. So trat die Unfallversicherung an die Stelle der früheren Haftpflicht des Unternehmers, die Arbeitslosenversicherung an die Stelle anderer Gemeinlasten (Armenpflege), die Krankenversicherung und Invalidenversicherung anstelle von persönlichen Leistungen des Arbeitgebers im patriarchalischen Arbeitsverhältnis.

Die Gewerkschaften haben den Ausbau der Sozialversicherung gefördert. Das bleibt auch für die Zukunft notwendig. Solange wir eine kapitalistische Wirtschaftsweise haben, die einmal dem Arbeiter nur einen Teil des Ertrages seiner Arbeit gibt, und die ausserdem der Arbeiterschaft mit einer gewissen teuflischen Gewissheit Arbeitslosigkeit, Unfälle, Invalidität, Krankheit (wohlgemerkt, wir machen diesen Vorwurf nicht jedem einzelnen Unternehmer, sondern der kapitalistischen Wirtschaftsweise) bringt, ist Sozialversicherung, ihre Förderung und ihr Ausbau zwingende Notwendigkeit."